Buchbesprechungen

Nach 1945

Dieter Krüger, *Am Abgrund? Das Zeitalter der Bündnisse: Nordatlantische Allianz und Warschauer Pakt 1947 bis 1991*, Fulda: Parzeller 2013, 225 S. (= Point Alpha, 1), EUR 12,95 [ISBN 978-3-7900-0459-5]

Schlachtfeld Fulda Gap. *Strategien und Operationspläne der Bündnisse im Kalten Krieg*. Hrsg. von Dieter Krüger, Fulda: Parzeller 2014, 314 S. (= Point Alpha, 2), EUR 15,95 [ISBN 978-3-7900-0486-1]

Besprochen von **Gerhard Wettig**: 54472 Kommen, E-Mail: mgzredaktion@bundeswehr.org

DOI 10.1515/mgzs-2015-0059

Die Studie von Dieter Krüger über das Zeitalter der gegeneinander gerichteten Bündnisse NATO und Warschauer Pakt ist eine knappe Geschichte des Kalten Krieges unter militärisch-strategischem Aspekt. Angesichts des grundlegenden politischen Gegensatzes stellte sich für beide Seiten die Frage, wie die eigene Sicherheit zu gewährleisten sei. Auch wenn bei allen seit spätestens Mitte der 1950er Jahre ein stillschweigendes Einvernehmen darüber unterstellt werden kann, dass ein Krieg gegeneinander wegen der zu erwartenden Vernichtungsfolgen eine Katastrophe wäre und daher vermieden werden sollte, sah man sich wechselseitig durch die bewaffnete Macht des Gegners bedroht und suchte sich seinerseits militärisch zu schützen. Wie dies zu geschehen habe, war nicht nur zwischen den Widersachern, sondern auch – obwohl die jeweilige Führungsmacht maßgeblichen Einfluss besaß – innerhalb der Bündnisse immer wieder heftig umstritten. Die damit verbundenen internen Konflikte traten aufgrund der weithin transparenten Strukturen des demokratischen Westens in der atlantischen Allianz seit jeher offen zutage, während sie im Warschauer Pakt nach außen hin weniger sichtbar wurden und daher weithin erst in jüngster Zeit bekannt geworden sind, nachdem sich in vielen osteuropäischen Hauptstädten, allerdings nur wenig in Moskau, die Archive geöffnet haben.

Der Umgang mit den bündnisinternen Differenzen erfolgte auf beiden Seiten unterschiedlich. Während die UdSSR im Warschauer Pakt die operativ-militärischen Fragen faktisch allein entschied und die Verbündeten nicht einmal völlig darüber in Kenntnis setzte, sahen sich im Westen die USA ungeachtet dessen, dass allein sie die zur Abwehr des Gegners nötigen Mittel besaßen, zur Rücksichtnahme auf abweichende Interessen der anderen NATO-Mitglieder veranlasst, deren Streitkräfte am Aufbau der Abwehrfront in Europa beteiligt waren. Das zog vielfach scharfe Kontroversen und mühsam erzielte Kompromisse nach sich, welche die Differenzen oft nur notdürftig überdeckten und nicht selten militärisch

problematisch waren. Bezüglich der Kriegsvorbereitungen agierte der Warschauer Pakt effizienter: Der sowjetische Generalstab legte nach Maßgabe der Interessen seines Landes einheitlich und militärisch gut überlegt fest, welche Kontingente die verbündeten Länder bereitzustellen hatten und welche Aufgaben ihnen gestellt wurden. Daher gab es – anders als in der NATO – über das zugrunde gelegte Konzept keine Diskussion. Wenn man von dem Sonderfall Rumänien in den letzten Jahrzehnten absieht, kam nur ein – jeweils den Umständen zugeschriebenes – Zurückbleiben hinter dem Soll in Betracht. Politische Kontroversen waren damit keineswegs ausgeschlossen, die man dann aber nach außen hin so gut wie möglich verschleierte.

Die einseitige Ausrichtung der ins Auge gefassten Kriegführung auf das Interesse Moskaus lag darin begründet, dass der Warschauer Pakt auf den bilateralen Bündnissen beruhte, mit denen die UdSSR die anderen Staaten nach ihrer Eroberung durch die Rote Armee 1944/45 an sich gebunden hatte. Sie hatte ihnen auch die kommunistischen Regime aufgezwungen, die als nicht dem Willen der Bevölkerung entsprechende Herrschaftsträger auf die Unterstützung der Sowjetunion angewiesen waren. Wie Krüger erläutert, war der Warschauer Pakt faktisch ein »Rückversicherungsverein auf Gegenseitigkeit«: Die UdSSR hielt die Parteiführungen der anderen Länder an der Macht, und diese stellten ihr dafür im Kriegsfall ihre Streitkräfte zur Verfügung. Die dadurch hergestellte Gemeinsamkeit war verlässlich, solange die Verhältnisse im Innern stabil waren. Als diese jedoch ins Wanken gerieten, ließ sich auch das Bündnis nicht mehr aufrechterhalten. Als die Völker durch demokratische Regierungen selbst über ihre Geschicke bestimmen konnten, wollten sie weder weiter an die Sowjetmacht gebunden sein, die für das abgeschüttelte Regime verantwortlich gewesen war, noch einer militärischen Ausrichtung folgen, die sie vom Westen trennte. Gorbatschow hatte zwar das sowjetische Konzept der Abschreckung durch Androhung einer Offensive in die Tiefe des gegnerischen Territoriums aufgegeben und bemühte sich um sicherheitspolitische Gemeinsamkeit auf dem Kontinent, aber seine Verbündeten wollten sich dem Westen unmittelbar anschließen, ohne irgendwie an die UdSSR gebunden zu sein.

Die NATO hatte ein völlig anderes Profil. Sie war nicht auf Betreiben der Führungsmacht, sondern der Verbündeten entstanden, die unter dem Eindruck kommunistischen Expansionsstrebens und sowjetischer Offensivfähigkeit Schutz bei den USA suchten. Die USA waren im Unterschied zur UdSSR nicht durch ihre geografische Lage auf dem europäischen Schauplatz präsent, sondern mussten dort Truppen stationieren und Stützpunkte errichten, um sich als militärischer Faktor zur Geltung zu bringen. Daher hatten sie stets die Option, ihr Engagement in Europa zu reduzieren oder gar völlig aufzugeben. Um diesem unausweichlich objektiv bestehenden Umstand die Schärfe zu nehmen, wurde den Verbündeten

beiderseits des Atlantiks prinzipiell gleiche Sicherheit zugebilligt. Dem Gegner sollte klar gemacht werden, dass beide Teile der Allianz nicht auseinanderzudividieren seien, sondern sich durch Kopplung untrennbar miteinander verbunden hätten. Die Frage aber, inwieweit die jeweils zur Diskussion stehenden Maßnahmen oder Strategien diesem Erfordernis entsprachen, war ein ständiger Konfliktpunkt der bündnisinternen Auseinandersetzung. Dadurch geriet die NATO wiederholt in Krisen, welche die Fundamente ihrer Existenz berührten und die östliche Seite auf ihr Ende hoffen ließen. Doch gerade der Umgang mit bedrohlichen Herausforderungen, der oft genug eher schlechte als gute Kompromisse nach sich zog, erweist sich im Rückblick als Moment der Stärke: Auch nachdem mit dem Ende des Kalten Krieges der Grund entfallen war, der seinerzeit zum Abschluss des Nordatlantikpakts geführt hatte, war kein Verbündeter willens, ihn zu verlassen. Vielmehr ersuchten Länder des sich auflösenden sowjetischen Imperiums um Aufnahme in das Bündnis.

Krügers besonderes Verdienst besteht darin, dass er die schwierigen Sachverhalte der konzeptionellen Auseinandersetzungen und Entscheidungen in beiden Bündnissen knapp, übersichtlich und allgemein verständlich zusammengefasst hat. Besonders überzeugend sind die Ausführungen über die 1960er- und 1970er Jahre, als der Kalte Krieg nach der Kuba-Krise allmählich abflaute und einer Entspannung wich, die danach allerdings wieder zu Ende war, bevor mit Gorbatschow eine neue Ära begann.

Wie sich die Resultate der sicherheitspolitischen Kontroversen auf die militärische Situation vor Ort, das heißt auf dem potenziellen Schlachtfeld in Deutschland, auswirkten, zeigen die Beiträge des zweiten hier vorzustellenden Bandes, eines Sammelbandes, den ebenfalls Dieter Krüger im Anschluss an ein wissenschaftliches Kolloquium herausgegeben hat. Das Kolloquium war von der Point Alpha Stiftung veranstaltet worden, die an der so bezeichneten Stelle in der Rhön einen Gedenkort eingerichtet hat, um die Erinnerung an die große militärische Bedeutung lebendig zu halten, die der Ort in der Zeit des Kalten Krieges hatte. Von dort aus hatte die NATO den weitesten Blick in das Gebiet des Gegners, und umgekehrt war zu erwarten, dass dieser im Kriegsfall vom dortigen Raum, der sogenannten Fulda-Lücke (Fulda Gap), aus vorstoßen würde, um auf kürzestem Weg den Rhein bei Mainz zu erreichen und zu überqueren, sodass die Bundesrepublik, auf deren schmales Territorium die westlichen Truppen seit dem Rückzug Frankreichs aus der NATO-Integration 1966 beschränkt waren, sozusagen an der Wespentaille durchtrennt worden wäre. Es war daher kein Zufall, dass beide Seiten der Region rings um den Point Alpha besondere Aufmerksamkeit widmeten und dort ihre besten und stärksten Streitkräfte bereithielten.

In den Beiträgen des Bandes zeichnen Experten ein mehrschichtiges Bild der damaligen Lage. *Helmut R. Hammerich* schildert, welche Rolle das Gebiet in den

operativen Planungen der NATO spielte, welche Sorgen die dortige Bevölkerung hatte und zu welchen antimilitärischen Protesten das führte. Die Ausführungen von *Helge Hansen*, der zunächst das im unmittelbar nördlich anschließenden Raum stationierte westdeutsche Korps befehligte, dann als Generalinspekteur an die Spitze der Bundeswehr trat und zuletzt Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte Europa-Mitte war, mithin die Situation aus unterschiedlichen Perspektiven kennengelernt hat, befassen sich mit den strategischen und operativen Überlegungen des Westens seit Ende der 1970er Jahre. Ergänzend dazu äußert sich der leitende Historiker im NATO-Hauptquartier SHAPE, *Gregory W. Pedlow*. Vor welchen Herausforderungen man an der militärischen Basis stand, macht *Roger Cirillo* deutlich, der als Chef einer Kompanie der US-Streitkräfte im Kriegsfalle den mit starken Kräften angreifenden Feind aufhalten sollte.

Matthias Uhl stellt aufgrund sowjetischer und ostdeutscher Quellen dar, welche Streitkräfte die UdSSR zu verschiedenen Zeiten in der DDR stationierte und welches Vorgehen bezüglich der »Fulda-Lücke« zu verschiedenen Zeiten vorgesehen war, falls es zum Krieg käme. *Siegfried Lautsch*, der als Oberst der NVA an der Einsatzplanung der 5. Armee im Norden der DDR mitwirkte, fügt seinen damaligen Kenntnisstand hinzu, dem freilich der Einblick in das übergeordnete Konzept der sowjetischen Seite fehlte. Nicht uninteressant ist die Feststellung des früheren Offiziers der NVA, dass es sich bei den Grenztruppen der DDR um eine zweifellos militärische Streitmacht mit weithin auch militärischen Aufgaben handelte. *Torsten Diedrich* führt aus, dass die DDR für die UdSSR unter militärischem Aspekt als Aufmarschraum, als Truppensteller und als Rüstungsproduzent wichtig war.

Zu den Aufsätzen über die beiderseitigen Herausforderungen und Fähigkeiten kommen noch Ausführungen, in denen es um die militärischen Verhältnisse insgesamt geht. *Michael Poppe* behandelt das schwierige Thema des Kräftevergleichs. *Mathias Rupp* betrachtet das – damals viel diskutierte – Konzept der »Brinkmanship«, das heißt des Bemühens, den Gegner durch gewagte Androhungen »am Rande des Abgrunds« (at the brink) zu massiven Konzessionen zu nötigen. Eines der genannten zwei Beispiele ist jedoch verfehlt, weil die zugrunde gelegten Tatbestände nicht stimmen. Als General Clay mit Billigung von Präsident Kennedy Ende Oktober 1961 die Konfrontation am Berliner Checkpoint Charlie herbeiführte, wollte er die UdSSR zur Anerkennung der von ihr geleugneten Zuständigkeit für Ost-Berlin bewegen. Als sowjetische Panzer am Kontrollpunkt vorfuhren, hatte Clay sein Ziel zumindest in symbolischer Form erreicht, und daher keinen Grund, sich nicht auf die schrittweisen Rückzugsbewegungen der anderen Seite einzulassen.

Aus allen einschlägigen Beiträgen geht hervor, dass auf dem deutschen Schauplatz die westlichen Streitkräfte durchweg schwächer waren als der östliche

Gegner. Solange die USA bei den Kernwaffen, auch bei denen auf dem Gefechtsfeld, das Monopol und dann zumindest noch eine große Überlegenheit hatten, stellte die Drohung, notfalls zur nuklearen Eskalation überzugehen, den Ausgleich her. Als aber die UdSSR in diesem Bereich allmählich gleichzog und die USA Anfang der 1960er Jahre zur »flexiblen Erwiderung« (flexible response) übergingen, änderte sich die Situation grundlegend. Von da an galt, dass zunächst versucht werden musste, die westliche Verteidigung mit unterlegenen konventionellen Kräften durchzuhalten und erst dann, wenn das misslang, die Entschlossenheit zur unbedingten Abwehr durch einen vorsichtig-selektiven Kernwaffeneinsatz zu demonstrieren, um den Gegner zum Abbruch seines Vorgehens zu veranlassen.

Dieses Konzept setzte voraus, dass der Angriff des Gegners konventionell erfolgte. Wie Uhl schreibt, dessen Urteil an diesem Punkt weithin auf Rückschlüssen aus östlichen Manövern beruht, wollte die sowjetische Seite zumindest über lange Zeiten hinweg die ins Auge gefasste präemptive Offensive durch massive Nuklearschläge einleiten. Die Darstellung von Lautsch dagegen legt die Vermutung nahe, sie habe – jedenfalls seit den 1970er Jahren – einer konventionellen Kriegführung den Vorzug gegeben und nur unter besonderen Umständen an nukleare Einsätze gedacht. Die Befürworter der »flexiblen Erwiderung« gingen weiter von der Überzeugung aus, die bekundete Bereitschaft des Westens, notfalls zu Kernwaffen zu greifen, würde den Kreml so sehr beeindruckten, dass er sich zum Abbruch der erfolgreich begonnenen Offensive genötigt sähe und eine »Pause« einlege, die Verhandlungen ermöglichen würde. Diese Annahme dürfte dem entsprochen haben, wie die USA mutmaßlich ihrerseits im entsprechenden Fall reagiert hätten. Bei der UdSSR war diese Reaktion freilich sehr unwahrscheinlich.

Gemäß dem Konzept der »flexiblen Erwiderung« sollte die – nach offizieller Erwartung mit konventionellen Kräften durchgeführte – Offensive des Gegners vorn an der Grenze mit ebenfalls konventionellen Mitteln gestoppt werden. Wenn sich dies als nicht mehr möglich erwiese, sollte zur Aufrechterhaltung der Verteidigung »rechtzeitig« eine »vorbedachte Eskalation«, das heißt ein vorsichtig begrenzter Kernwaffeneinsatz, erfolgen. Dahinter stand die Absicht, den Gegner durch die Erkenntnis vom Krieg abzuschrecken, dass er keinesfalls mit dem Gelingen eines Angriffs rechnen könne. Faktisch jedoch wurden die Kommandeure der NATO-Truppen in Deutschland vor kaum lösbare Aufgaben gestellt. Sie sahen sich an kritischen Stellen, etwa im Gebiet der oberen Fulda, mit so wenig Kräften ausgestattet, dass sich die Front nach ihrem Urteil kaum länger als einen Tag lang halten ließ. Wurden dann nicht schnell nukleare Kampfmittel eingesetzt, würde das danach nicht mehr möglich sein, weil es dann die nötigen Soldaten nicht mehr gab und der Durchbruch des Gegners nicht mehr rückgängig

zu machen war. Operative und strategische Reserven, welche die Lücke hätten rasch füllen können, fehlten.

Ein weiteres Problem entstand durch die Enge des Raumes. Schon »nur« konventionelle Operationen bedrohten, wenn sie in weiten Teilen der Bundesrepublik über längere Zeit hinweg stattfanden, die Lebensgrundlagen der Bevölkerung. Daher machte die westdeutsche Seite eine grenznahe »Vorneverteidigung« zur Bedingung ihres militärischen Engagements. Die Verbündeten, die eine »flexible Verteidigung«, das heißt bewegliche Operationen eines den jeweiligen Umständen entsprechenden Sich-Zurückziehens und Wieder-Vorstößens, für zweckmäßig hielten, sahen darin eine ihnen aufgenötigte Begrenzung des Handelns, und es war nicht sicher, ob sie sich im Ernstfall immer daran orientieren und die Bundeswehrverbände entsprechend unterstützen würden. Besonders heikel war die Frage des Kernwaffeneinsatzes. Dieser erschien grundsätzlich notwendig als Instrument der politischen Abschreckung wie auch als letzter Notanker der militärischen Verteidigung. Aber zugleich war klar, dass sich eine einmal in Gang gesetzte nukleare Eskalation kaum noch kontrollieren lassen würde (was den Widerwillen dagegen in Washington erklärt) und dass die Bevölkerung in der Bundesrepublik dann wohl total der Vernichtung preisgegeben worden wäre (was für Bonn absolut inakzeptabel war).

Das Ergebnis war ein Dilemma. Die Verteidigungsanstrengungen der NATO waren politisch unerlässlich, um den Willen der Mitgliedsstaaten zur Selbstbehauptung deutlich zu machen und die UdSSR von denkbaren Erpressungs- oder Angriffsaktionen abzuschrecken. Sie waren aber zugleich militärisch zumindest für die Bundesrepublik selbstaufhebend (self-defeating), weil sie das zu vernichten drohten, was sie verteidigen sollten. Solange die Abschreckung funktionierte und die sowjetische Führung deswegen oder auch von sich aus auf die Durchsetzung aggressiver Ambitionen (wie etwa in der Berlin-Frage) verzichtete, waren die militärischen Vorkehrungen des westlichen Bündnisses sinnvoll. Wäre das irgendwann nicht mehr der Fall gewesen, hätte das die Existenz der westdeutschen Bevölkerung infrage gestellt. Der Zweifel an der Wirksamkeit der Abschreckung nährte die Ängste, die in den Protesten der Friedensbewegung ihren Ausdruck fanden. Das Dilemma endete erst, als Gorbatschow in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre den sicherheitspolitischen Konsens mit den USA und den westlichen Staaten insgesamt suchte und in diesem Zusammenhang auf die Offensivfähigkeit des Warschauer Paktes in Europa verzichtete. Diese wäre möglicherweise ohnehin nicht auf Dauer aufrechtzuerhalten gewesen, wenn nämlich die NATO die – inzwischen geschaffenen, freilich sehr kostspieligen – technischen Möglichkeiten zur wirksamen Verteidigung ohne allzu große Kollateralschäden genutzt hätte.

Die Beiträge des Sammelbandes, deren Inhalt *Dieter Krüger* am Schluss resümiert, geben auf zuverlässige und klar formulierte Weise Einblick in die

sicherheitspolitischen und operativen Probleme der einander gegenüberstehenden Bündnisse NATO und Warschauer Pakt. Wer künftig bei diesem Thema mitreden will, wird sich nicht zuletzt auch auf ihre Kenntnis stützen müssen.